

BUNDESLÄNDER

RHEINLAND-PFALZ

Pool von Spielern

Peter Altmeier, 69, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, regierte 21 Jahre, zehn Monate und neun Tage.

Er regierte länger als Adolf Hitler oder Konrad Adenauer, länger als jeder Bonner Minister und länger als jeder andere Landesherr der Republik.

Montag dieser Woche verläßt der fromme Katholik und Christdemokrat sein Mainzer Amt. Sein Nachfolger: der kaufmännische Angestellte Dr. Helmut Kohl, 39, aus Ludwigshafen.

Mit Altmeier, dem fülligen Duodezfürsten im Land des Schinderhannes und der Loreley, versinkt am Rhein eine Epoche — mit Kohl, dem emporstrebenden Manager der Christenunion, soll zwischen Rüben und Reben eine neue Zeit beginnen.

Rheinland-Pfalz unter Altmeier — das war jahrzehntelang synonym mit Muff und Provinz, Kirchturn und Zwergschule. Dorfkaplan und Heimatzeitung, Büttenredner und Stammtischbrüder bestimmten das Denken im Land. Öchslegrade und Vereinspokale galten als Maß der Dinge.

Wie Heinrich Lübke, der ihm im Wesen verwandt war, verteidigte Peter Altmeier die Zwergschule gegen alle Reformer. Seine Ratgeber waren Trierer Prälaten, ein paar Pastoren und der Abt von Maria Laach. Koblenzer Freunde wie der Moralapostel Adolf Susterhenn („Saubere Leinwand“) und der zeitweilige Bonner Justizminister Karl Weber stärkten Altmeiers Altbackenheit.

Unter solcher Führung und mit Kabinetten, die zumeist mehr Tabakkollegium denn Regierung waren, ließ sich kein Staat machen: Rheinland-Pfalz geriet zum Notfall der Republik. In Ökonomie und Bildung war das Rebenrevier schließlich Schlußlicht aller Länder.

Einen Wirtschaftsminister, der die Talfahrt hätte bremsen können, gab es nicht. Altmeier war von 1948 bis 1967 Ministerpräsident sowie Wirtschafts- und Verkehrsminister in Personal-Union.

Rheinland-Pfalz, so ermittelte das Schweizer „Prognos“-Institut, ist „während der gesamten Periode von 1950 bis 1965 unter dem durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstum im Bundesgebiet geblieben“. Der Abstand des Brutto-Inlandsprodukts je Einwohner zum Bundesdurchschnitt hat sich in dieser Zeit noch vergrößert.

Erst 1967 rückte das Rebenland mit dem Pro-Kopf-Betrag des Sozialprodukts auf den vorletzten, 1968 auf den drittletzten Platz: Während im Bundesgebiet letztes Jahr je Bürger durchschnittlich 8770 Mark erwirtschaftet wurden, waren es in Rheinland-Pfalz nur 7436 Mark.

Immerhin: Weil es viel nachzuholen gibt, ist die Wachstumsrate des rheinland-pfälzischen Sozialprodukts heute

die höchste unter den Bundesländern. Doch im Schul- und Hochschulwesen stand die alte Kultur-Region am Mittelrhein stets hinten.

Jahrelang war Altmeiers (verstorbenen) Kultusminister Eduard Orth auf den Kultusministerkonferenzen gar nicht präsent. Zwar begrüßte er die Kollegen und trug sich in die Anwesenheitsliste ein — doch dann fuhr er zur Jagd. Am Konferenztisch mußte Orths Ministerialdirigent Alois Schreiner die Stellung halten, als Statist: Er hatte kein Stimmrecht und durfte sich auch nicht zu Wort melden.

Und als Orth im Herbst 1965 vor der Presse Sinn und Zweck der neuen Kurzschuljahre erläutern sollte, pfälzerte er fröhlich: „Ich waes aach nit, warum mer des mache.“

Pläne zur Behebung des Lehrermangels im Land scheiterten an Altmeiers Veto: Auch früher habe man „nicht so



Abgelöster Landesherr Altmeier
Fürst ohne Feuer

viele Schulmeister gebraucht“. Seit 1950 und vornehmlich im letzten Jahrzehnt baute das Land für 7,6 Millionen Mark 62 überflüssige und unterdessen schon wieder aufgelöste Zwergschulen. 36 dieser neuen zweiklassigen Gebäude stehen leer und dienen allenfalls einmal Trauernden als Stätte des Leichenschmauses.

Für neue Straßen und Brücken, für Industrieförderung oder den Ausbau von Hochschulen fehlte es dem Zwergstaat stets an ausreichenden Mitteln. Hingegen finanzierte das Mainzer Regime großzügig die ohnehin wohlhabenden Kirchen. Noch heute müssen die Rheinland-Pfälzer — gemäß französischem Konkordat von 1801 und Reichsdeputationshauptschluß von 1803 — dafür aufkommen, daß ihr Land zu einem großen Teil aus ehemals geistlichen Territorien, den Erzbistümern Mainz und Trier, besteht. Während die Bundesländer 1966 insgesamt pro Kopf durchschnittlich 4,31

Mark jährlich an die Kirchenkassen abliefern, die Hamburger nur 29 Pfennig, die Bremer überhaupt nichts zahlten, kamen auf jeden Rheinland-Pfälzer 9,23 Mark — der höchste Tribut in der Bundesrepublik.

Und weil die Bistümer dank Napoleon auch heute noch reich beschenkt werden, gestand Landesherr Altmeier 1962 auch den evangelischen Landeskirchen rund 15 Millionen im Jahr aus Etatmitteln zu: Ein Pfarrer mit einem Monatsgehalt von 1800 Mark erhält im frommen Winzerland ein Drittel seines Salärs vom Staat — etwa das halbe Gehalt eines Lehrers.

Dabei wird jede Mark, die Rheinland-Pfalz in seinem Etat als Ausgabe verbucht, nur zur Hälfte durch Steuern im eigenen Land aufgebracht. Altmeiers Agrarstaat wäre längst bankrott, wenn nicht die reichen Nachbarländer über den Länderfinanzausgleich Entwicklungshilfe leisten würden — 1969 zum Beispiel 428 Millionen Mark.

Obwohl an den Hängen von Rhein und Mosel, Nahe und Ahr 70 Prozent der deutschen Reben gedeihen, gehören 45 Prozent der Landesfläche nach Bundesrichtlinien zu den „von der Natur benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten“. Überalterte Landwirte auf unrentablen Höfen bestellen karge Felder. In Jahrzehnten der bäuerlichen Realteilung suchten die Söhne zumeist fern der Heimat ihr Heil: Von jeher waren Westpfalz, Eifel und Hunsrück deutsche Auswanderergebiete.

Peter Altmeier war nicht geschaffen, das Land wieder wohnlicher zu machen. Düster die Miene, dunkel das Habit, igelte sich der humorlose Christdemokrat in seiner Staatskanzlei ein, zumeist vertieft in Zahlenkolonnen und Steuerprognosen. Erschien ihm in den vorgelegten Papieren etwas interessant, so riß er sorglos Blätter aus den Akten — manchmal tauchten die Schriftstücke erst nach langem Suchen in seiner Koblenzer Wohnung wieder auf.

Was wichtig war für den Regierungschef, entschied mehr und mehr der Kanzleichef Fritz Duppré, 50. Altmeiers Staatssekretär hatte Zahlen und Paragraphen im Kopf, verfaßte Altmeiers Reden und bestimmte weitgehend Altmeiers Politik. Dupprés Einfluß in der Staatskanzlei ging schließlich so weit, daß er den Kurs im Kabinett festlegte — aber auch das Ende der winterlichen Heizperiode bestimmte.

Der Landesfürst ohne Feuer hatte kaum Freunde. In der CDU-Fraktion schlugen dem greisen Landesherrn in letzter Zeit Kälte und Distanz entgegen. Selten sahen die lebensfrohen Parlamentarier den scheuen Regenten bei einem Glas Wein im Landtagsrestaurant, eher belustigt hörten sie im Plenum Dupprés Reden zu, die Altmeier vom Blatt las. Und auch im Kabinett, so klagte jüngst ein Mainzer Minister, „kam niemals Kameradschaft und Vertrauen auf“.

Wie schwach Peter Altmeiers Position schließlich auch in der rheinland-

pfälzischen CDU war, begriff er selbst nie. Dort hatte längst Helmut Kohl, robust und ruppig im Umgang mit christdemokratischen Honoratioren, alle Macht ergriffen.

Kohl, der bei Altmeiers Amtsantritt am 9. Juli 1947 noch Sekundaner war, zwei Jahre später aber schon seine erste Wahlrede hielt, war immer der Jüngste gewesen: mit 29 Jahren jüngster Parlamentarier im Landtag, mit 33 jüngster Fraktionschef der Bundesrepublik. Nun ist er mit 39 der jüngste deutsche Regierungschef.

Schnoddrig und hemdsärmelig im Umgang mit der Macht, formte er die 49köpfige CDU-Fraktion zu einer treuen Schar von Vollzugsparlamentariern. Und die Treuesten wurden nun auch mit Ämtern belohnt. Die Kohl-Köpfe verstehen sich als „Pool von Berufsspielern“ (so der neue Landespresseschef Hanns Schreiner), in dem „einer des anderen Schwächen ausgleicht“ (so der neue Staatskanzleichef Willibald Hilft). Es ist, so sagt Kohl, „ein Team, kein Ensemble von Stars“.

Schon seit 1966 sind die Kohliten dabei, hinderliche Traditionen zu liquidieren. So durch eine Schulreform, die der Konfessionsschule im Lande die Vormachtstellung raubte, und durch eine Verwaltungsreform, der zwei Regierungsbezirke, elf Landkreise und einige hundert Gemeinden zum Opfer fielen.

Wann immer zuletzt im Wald- und Wiesenland alte Zöpfe abgeschnitten wurden — Kohl, seit 1966 CDU-Landesvorsitzender, führte die Schere: Im Wahlkampf schickte er die Partei-Kandidaten zum Klinkenputzen an die Haustüren statt in Versammlungen. Ministern, Abgeordneten und Bürgermeistern knöpfte er zehn Prozent ihrer Einkünfte für die Parteikasse ab, und letztes Jahr präsentierte der katholische Pfälzer dem Parteivolk einen Leistungskatalog für CDU-Kandidaten: Honoratioren werden nur dann noch als Mandatsträger geduldet, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen.

„Als erstes“, so beteuerte Kohl vor seinem Amtsantritt, „gehe ich mit dem ganzen Kabinett geschlossen in eine Vollversammlung der Mainzer Studenten.“

Ideen — ob gut oder schlecht — aus dem Kreis seiner Berufsspieler macht Kohl meist zu seinen eigenen. So beschloß der neue Regent kürzlich, den ausgedienten Bahnhof Rolandseck in eine Begegnungsstätte von Pop und Politik zu verwandeln (SPIEGEL 38/1968). Kohl bestärkte seinen Kultusminister Bernhard Vogel in dem Plan, die erste deutsche Stiftungs-Universität zu gründen. Und als der CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Adamzyk unlängst „die Kleinschreibung von Hauptwörtern in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz“ forderte, hatte Kohl („Warum denn nicht?“) nichts dagegen. Vogel freilich durchkreuzte das Vorhaben.

Das Endziel des neuen Landesherrn ist die Auflösung seines Landes: Rheinland-Pfalz, das Peter Altmeier sich auf den Leib geschneidert hatte, soll „spätestens gegen Ende der siebziger Jahre“ (Kohl) liquidiert werden.

Vereint mit der Saar, dem kleinen Nachbarn im Westen, und mit Hessen oder Baden-Württemberg im Osten soll die arme Provinz am Mittelrhein dann endlich lebensfähig sein.

Der erste Landeschef, darüber sind sich die Kohliten einig, könne wohl Kohl heißen. Aber auch Bonn ist nicht weit.

ABGEORDNETE

REHS

Klinke geputzt

Die Heimat in Ostpreußen wurde ihm genommen, die in der SPD gab er freiwillig preis.

Reinhold Rehs, 67, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), hatte sich noch vor vier Wochen verschworen: „Ich denke gar nicht daran, in die



Parteilüchling Rehs
„Ich bin doch nicht so blöde“

CDU einzutreten. Ich sehe in der SPD noch immer meine politische Heimat.“

Am vorletzten Wochenende aber wechselte Rehs, der seit 1953 die SPD im Bundestag vertreten hatte, zu den Christdemokraten über, weil ihm sein Sitz im Bundestag wichtiger war als sein Recht auf Heimat.

Bei den Sozialdemokraten hatte Rehs weder einen sicheren Wahlkreis noch einen aussichtsreichen Listenplatz für die Bundestagswahl im Herbst erlangen können. Der Partei war der alternde Berufslüchling wegen seiner Rechtsaußen-Position seit langem unbehaglich gewesen.

Auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im März letzten Jahres hatte der BdV-Präsident aus Protest den Saal verlassen, nachdem SPD-Chef Willy Brandt für die „Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ eingetreten war.

Kurz darauf fand Rehs nichts dabei, eine Entschließung der BdV-Bunderversammlung zu billigen, die der SPD mit Konsequenzen bei den Wahlen drohte: Der Wähler müsse sich fragen, „ob er einer Partei seine Stimme geben kann, die gewaltsam geschaffene Unrechtsbestände anerkennt und respektiert“.

Dann holte sich der Vertriebenen-Funktionär mit einer Sonntagsrede zum „Tag der Heimat“ sogar den offenen Beifall der NPD.

Im Oktober vergangenen Jahres bestritt Rehs den in den ehemals deutschen Ostgebieten geborenen Polen den Anspruch auf Heimatrecht und handelte sich damit eine öffentliche Rüge des SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt ein.

Die linken Parteifreunde in Schleswig-Holstein, dem Stammland des Vertriebenen-Chefs, wurden rebellisch. Noch 1965 hatten sie ihn auf den sicheren zweiten Platz ihrer Landesliste gesetzt. Jetzt sorgten sie, angeführt vom SPD-Landesvorsitzenden Joachim („Roter Jochen“) Steffen, dafür, daß Rehs nicht mehr auf die Landesliste kam und sogar seinen traditionellen Wahlkreis Rendsburg-Neumünster verlor. Es half nichts, daß Partei-Schatzmeister Alfred Nau brieflich „aus bestimmten Gründen“ empfahl, den Vertriebenen-Chef doch noch zu berücksichtigen.

Auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurde Rehs eine Kandidatur trotz Interventionen der Bonner Parteizentrale verweigert. Die Jungsozialisten Schleswig-Holsteins und der Pfalz legten Rehs sogar nahe, aus der SPD auszutreten und sich von der CDU anheuern zu lassen.

Die Unions-Werber lagen schon lange auf der Lauer. Die CSU-nahe „Demokratisch-Konservative Korrespondenz“ berichtete, verschiedene CDU-Landesverbände hätten ihm angeboten, er möge auf ihren Landeslisten kandidieren. Rehs bestätigte: „Ich hätte von Kiel bis zum Bayrischen Wald einen Wahlkreis übernehmen können.“

Aber noch zierte sich der Vertriebenen-Boß. Nach einem Gespräch mit dem SPD-Vize Herbert Wehner hatte er neue Hoffnung geschöpft, seinen Parlamentssitz doch noch mit Hilfe der Sozialdemokraten retten zu können.

Rehs klagte dem Parteistrategen: „Herbert, ich kann mich doch nicht selbst um eine Kandidatur bemühen, ich kann doch nicht Klinken putzen.“ Wehner: „Nein, das kannst du auch nicht.“

Er versprach Rehs die Unterstützung der SPD-Spitze, und im Januar dieses Jahres schrieb Partei-Geschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski den BdV-Vizepräsidenten Hellmut Gossing und Rudolf Wollner: „Wir werden dafür sorgen, daß Herr Rehs in angemessener Weise bei der Vergabe der Listenplätze berücksichtigt wird.“

Heute räumt Wischniewski ein: „Das ist doch alles Unsinn. Unsere Bezirke sind bei der Listen-Aufstellung völlig